

Telefon 040 - 822 41 640

Hamburger Abendblatt vom 11.08.2020

# Neuer Ärger um das Flüchtlingsheim in Blankenese

BLANKENESE :: Der Bezirk Altona will die umstrittene Flüchtlingsunterkunft am Björnsonweg in Blankenese offenbar langfristig erhalten. Ein neuer Bebauungsplan soll sicherstellen, dass der Wohnkomplex für 192 Menschen nicht nach dem 1. April 2023 wieder zurückgebaut werden muss, wie es im gerichtlichen Vergleich mit den Anwohnern eigentlich vorgesehen war.

Das Bezirksamt bestätigte dem Abendblatt den Vorgang, über den zuerst der Radiosender NDR 90,3 berichtet hatte. Demnach solle der Bebauungsplan „eine zeitlich befristete Festsetzung (voraussichtlich 15 Jahre, bis zum 01.04.2038) als Fläche für Gemeinbedarf oder als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung ‚Öffentlich-rechtliche Unterbringung (FHH)‘“ vorsehen. Damit solle „einem möglichen Engpass bei der Unterbringung von Geflüchteten rechtzeitig entgegengewirkt“ werden.

Schon 2018 hatte der Bezirk Altona einen neuen Bebauungsplan für den Björnsonweg vorgeschlagen, um den Vergleich auszuhebeln. Später ruderte das Amt zurück und sprach von einem „bedauerlichen Fehler“: Selbstverständlich werde sich der Bezirk an den Ver-

gleich halten, eine Nutzung der Unterkunft über die vereinbarten sieben Jahre hinaus sei ausgeschlossen. Jetzt gibt es einen neuen Vorstoß – und kein Dementi. Rechtlich wöhnt sich der Bezirk auf der sicheren Seite. Die aktuelle Frist für den Rückbau 2023 gelte nur, sofern bis dahin kein neuer Bebauungsplan aufgestellt wurde. Der Vergleich erlege dem Bezirk nur die Verpflichtung auf, „den durch die Planung bedingten Verlust von Waldfläche orts- und funktionsnah zu kompensieren“. Der Vergleich verpflichtete den Bezirk aber „nicht zu einer bestimmten Anschlussplanung. Dies war und ist allen Prozessbeteiligten aber auch klar“, heißt es aus dem Amt.

Doch Ärger scheint unvermeidbar. „Viele Menschen werden sich fragen, ob sie sich zukünftig mit der Stadt noch auf Vergleiche einigen wollen, wenn man sich sagt: Die halten sich sowieso nicht daran“, sagte ein Anwohner dem Sender. Nun drohe ein neuer Rechtsstreit.

Allerdings liegen die Pläne derzeit ohnehin auf Eis. Die Stadtentwicklungsbehörde hat dem Vorgehen Altonas nicht zugestimmt. Anstatt die Flüchtlingsunterkünfte zu erhalten, strebt sie den Bau von Wohnungen an. leo